

PRESSEMITTEILUNG

VHS-Verband bedankt sich bei den Regierungsfractionen für die zugesagte Erhöhung der Landesförderung

Bei der Mitgliederversammlung des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg informierte der Vorsitzende Fritz Kuhn, Oberbürgermeister von Stuttgart, über die Zusage der Regierungsfractionen, die versprochene Erhöhung der Landesförderung im nächsten Doppelhaushalt umzusetzen. Die Delegierten dankten mit begeistertem Applaus. Während der Geschäftssitzung wurde außerdem die Statistik für das vergangene Jahr präsentiert. Die Gesamtentwicklung zeigt einen positiven Trend, sowohl was den Anstieg der Unterrichtsstunden als auch was die Zahl der Teilnehmenden betrifft. Die Delegierten der 173 Volkshochschulen beschäftigten sich mit den Themen Grund- und Allgemeinbildung, Willkommenskultur, Weiterbildungsberatung und Ganztagschule.

STUTTGART, 11.07.2014. Die Mitgliederversammlung des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg tagte am 10. und 11. Juli im Treffpunkt Rotebühlplatz in Stuttgart. Oberbürgermeister Fritz Kuhn, Vorsitzender des VHS-Verbandes, informierte gleich zu Beginn der Tagung über die Zusage der Regierungsfractionen, die versprochene Erhöhung der Landesförderung im nächsten Doppelhaushalt umzusetzen. „Wir bedanken uns sehr herzlich bei den beiden Regierungsfractionen für die Zusage, die Landesförderung in den Haushaltsjahren 2015/2016 auf den Bundesdurchschnitt anzuheben – wie in der grün-roten Koalitionsvereinbarung versprochen“, sagte Kuhn unter dem begeisterten Applaus der Delegierten aus den 173 Mitgliedseinrichtungen. „Damit ermöglichen wir den Zugang zu Bildung weitgehend unabhängig vom Geldbeutel und die Kursgebühren bleiben bezahlbar“, ergänzte Kuhn.

Während der Geschäftssitzung legte Verbandsdirektor Dr. Hermann Huba seinen Bericht vor. Diskutiert wurden aktuelle Handlungsfelder wie die Rolle der Volkshochschulen bei der Schaffung einer kommunalen Willkommenskultur, die Umsetzung der Kooperationen im Bereich Ganztagschule und den Ausbau der Weiterbildungsberatung im Rahmen eines landesweiten Netzwerks. Dabei spielt das Thema Finanzierung der Volkshochschularbeit eine zentrale Rolle. „Die Herausforderungen im Bereich Alphabetisierung, Grund- und Allgemeinbildung sowie bei Integration und Willkommenskultur können wir weder aus eigener Tasche noch quer finanzieren“, betonte Huba, „deshalb sind die jetzt für den Doppelhaushalt 2015/2016 zugesagten Erhöhungen für unsere Arbeit von kaum zu überschätzender Bedeutung. Großartig, dass die beiden Regierungsfractionen ihr Versprechen so konsequent erfüllen.“

Rechtzeitig zur Mitgliederversammlung wurde auch die Statistik für das Jahr 2013 veröffentlicht. Die Gesamtentwicklung zeigt einen positiven Trend, sowohl was den Anstieg der Unterrichtsstunden als auch was die Zahl der Teilnehmenden betrifft. Im Jahr 2013 wurden rund 143.000 Veranstaltungen von 2,16 Millionen Interessierten besucht, gut 80.000 Personen mehr als im Jahr zuvor. Spitzenreiter bei den Unterrichtseinheiten in Kursen ist nach wie vor die Abteilung Sprachen. Den höchsten Anteil an Kursteilnehmenden hatte der Bereich Gesundheitsbildung. Insgesamt kann man feststellen, dass beruflich orientierte und motivierte Weiterbildung in zwei Drittel aller VHS-Kurse stattfindet.

„In das Jahr 2013 fällt der zwingende Beweis für die Notwendigkeit der Volkshochschulen“, stellte Verbandsdirektor Dr. Hermann Huba in seinem Bericht fest, „denn die PIAAC-Studie hat alarmierende Erkenntnisse über eine Bildungsspaltung der Gesellschaft aufgezeigt. Dieser Bildungsspaltung entgegenzuwirken und die soziale Mobilität in unserer Gesellschaft zu steigern, sind zentrale Aufgaben der Volkshochschulen. Gäbe es die Volkshochschulen nicht, müsste man sie aufgrund der Ergebnisse der PIAAC-Studie erfinden.“

Die Jahrestagung stand unter dem Schwerpunktthema „Allgemeinbildung der Zukunft“. Dazu hat der VHS-Verband die so genannte Stuttgarter Erklärung zur Allgemeinbildung veröffentlicht, die das Bildungsverständnis der Volkshochschulen beschreibt. „Die Volkshochschulen verstehen Allgemeinbildung als Menschenrecht“, sagte Vorsitzender Fritz Kuhn, „deshalb ist es unser Ziel, möglichst alle Bürgerinnen und Bürger mit unseren Angeboten zu erreichen, auch die Menschen, die sonst aufgrund sozialer, gesellschaftlicher oder finanzieller Benachteiligung aus dem Bildungssystem herausfallen.“

Der VHS-Verbandsvorsitzende konnte als Hauptredner Professor Dr. Julian Nida-Rümelin von der Ludwig-Maximilians-Universität in München begrüßen. Der frühere Staatsminister hielt den Hauptvortrag zum Thema „Allgemeinbildung der Zukunft: Gibt es ein Recht auf Weiterbildung? Welche Kompetenzen brauchen wir in der Zukunft?“. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion gab es auch eine rege Beteiligung des Publikums. Staatssekretärin Marion von Wartenberg vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport unterstrich in ihrer Ansprache die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Volkshochschulverband und bedankte sich für das flächendeckende, qualitätsvolle Weiterbildungsangebot der Volkshochschulen in Baden-Württemberg.

Zum Volkshochschulverband Baden-Württemberg gehören 173 Volkshochschulen mit über 730 Außenstellen. Die Einrichtungen vor Ort bieten ein flächendeckendes Netz an vielfältigen Angeboten zur Allgemeinbildung, Gesundheitsbildung, in den Sprachen und zur beruflichen Qualifizierung sowie in der Alphabetisierung und Grundbildung. Informationen über die Arbeitsfelder der Volkshochschulen gibt es auf der Homepage des Volkshochschulverbandes: www.vhs-bw.de.

Kontakt: Christine Haag-Merz, Pressestelle, Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.
Telefon: (07 11) 7 59 00 - 60, E-Mail: haag-merz@vhs-bw.de